



FIAN Deutschland
Jahresbericht 2018



Inhalt

3	Jahresthema
4	Organisation
6	Fallarbeit
8	Vernetzung
9	Publikationen
10	Aktiv
11	Finanzen und aktive Projekte
12	Wer wir sind
13	Wie wir arbeiten

Wir bedanken uns bei den folgenden Organisationen und Institutionen, die die Arbeit FIANS im Jahr 2018 kofinanziert haben:

Brot für die Welt, Engagement Global, Europäische Kommission, MISEREOR, Stiftung Umverteilen, Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW

Ein besonderer Dank gilt unseren Mitgliedern und Spender*innen, die einen besonders bedeutsamen Beitrag dazu leisten, dass FIAN unabhängig arbeiten kann.

Impressum

Herausgeber:

FIAN Deutschland e.V.
FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk
Gottesweg 104
D – 50939 Köln
Tel. 02 21 / 47 44 91 10
Fax 02 21 / 47 44 91 11
E-Mail: fian@fian.de
Internet: www.fian.de

Redaktion: Philipp Mimkes

Layout: Kirsten Müller

Erscheinungsdatum: April 2019

Fotos: © FIAN

Motiv Umschlag: Ute Stephani



Spendenkonto Nr. 4000 4444 00
GLS Bank, BLZ 430 609 67
IBAN: DE84 | 4306 | 0967 | 4000 | 444400
BIC: GENODEM1GLS

KLIMARECHTIGKEIT: MENSCHENRECHTE IM KLIMASCHUTZ STÄRKEN

Der Klimawandel hat bereits heute spürbare Auswirkungen auf die weltweiten Ernteerträge und die Verfügbarkeit von Trinkwasser. Einstmals ertragreiche Böden erodieren, traditionelle Kulturpflanzen gehen unter neuen Klimabedingungen ein, Familien verlieren durch immer extremere Naturkatastrophen ihre Lebensgrundlagen. Diese Effekte werden in Zukunft noch verstärkt. Die Menschenrechte auf Nahrung und Wasser sind deshalb gefährdet.

Klimapolitische Maßnahmen sollen den Klimainfarkt stoppen und sind dringend erforderlich. Aber sie müssen menschenrechtlichen Standards entsprechen und dürfen nicht das Recht auf Nahrung verletzen. Das ist leider nicht immer der Fall. So führt die Nutzung von Agrartreibstoffen häufig zu Landgrabbing, also Landraub. Indigene und kleinbäuerliche Gemeinschaften verlieren ihr Land, um den Bedarf nach so genanntem „Biosprit“ zu stillen. Dies hat verheerende Folgen auf die menschenrechtliche Situation in vielen armen Ländern.

Ähnliche Folgen sind von internationalen Emissionshandel-Projekten wie dem Clean Development Mechanism oder Waldschutzprojekten wie dem REDD-Prozess (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) bekannt. Diese internationalen Programme schützen Menschenrechte oft nur unzureichend. FIAN fordert: Die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft müssen klare Kriterien zum Schutz der Menschenrechte integrieren und diese effektiv und transparent überprüfen. Denn Menschenrechte dürfen weder durch den Klimawandel selbst, noch durch Klimaschutz-Maßnahmen gefährdet werden.



INDUSTRIELLE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERT DEN TREIBHAUSEFFEKT

Die Vereinten Nationen schätzen, dass bis zum Jahr 2080 rund 600 Millionen Menschen allein aufgrund des Klimawandels Hunger leiden und 140 Millionen Menschen auf der Flucht sein werden. Den Staaten dieser Regionen fehlen meist die nötigen Mittel, um ihre Bevölkerung gegen die Folgen der Erderwärmung zu schützen. Daher – und als Hauptverursacher des Klimawandels – sind die Industriestaaten verpflichtet, sowohl den Klimawandel durch Verringerung ihrer Kohlendioxid-Ausstöße zu stoppen als auch die besonders betroffenen Staaten bei Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Eine große Rolle hierbei spielt der Umbau der Agrarwirtschaft: Gemäß dem Weltklimarat erzeugt die Landwirtschaft zehn bis zwölf Prozent der weltweit durch Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen, hauptsächlich durch den Ausstoß von Methan und Lachgas. Sie sind besonders klimaschädlich und entstehen vor allem durch stickstoffhaltige Düngemittel und die Massentierhaltung. Unter Einberechnung der CO₂-Emissionen durch die Umwandlung von Wäldern und Mooren in Ackerland ist die Landwirtschaft sogar für bis zu 30 % der Emissionen verantwortlich.

AKTIVITÄTEN VON FIAN

FIAN setzt sich dafür ein, dass die Beachtung der Menschenrechte ein verbindliches Kriterium für die öffentliche Förderung von Klimaprojekten wird und dass agrarökologische Verfahren stärker öffentlich gefördert werden. Im Rahmen des Jahresthemas organisierte FIAN Dutzende von Veranstaltungen in ganz Deutschland. Einige Höhepunkte:

- Der FIAN-Arbeitskreis Klima hat für die Bildungsarbeit eine 40-seitige Broschüre „Klimawandel und Menschenrechte“ erstellt
- In Mannheim und Köln fanden Seminare für MultiplikatorInnen statt. Teil der Ausbildung waren auch vier Webinare, die allen Interessierten offen standen und die online nachgehört werden können;
- Ein neu entstandenes Planspiel beleuchtet den Konflikt zwischen zertifizierten Klimaprojekten und Menschenrechten, angelehnt an einen realen Landkonflikt durch Palmöl-Plantagen in Honduras. Das Planspiel wurde zehnmal durchgeführt, meist mit jungen Erwachsenen. Es wird weiterhin angeboten und ist dauerhaft verfügbar.
- umfangreiche Pressearbeit
- Veröffentlichung eines Flyers sowie eines Videoclips;
- Aktionen auf der „Wir haben es satt“-Demonstration in Berlin;
- Rund 25 Vortragsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Filmgespräche;
- Hilal Elver, UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung, konnte für einen Gastbeitrag „Erderwärmung, Klimapolitik und das Recht auf Nahrung“ gewonnen werden. Der Artikel erschien in der Zeitschrift FoodFirst sowie als Flugblatt.



NEUER BEIRAT: MENSCHENRECHTSEXPERT*INNEN BERATEN FIAN

In der Mitgliederversammlung im April hat FIAN Deutschland einen wissenschaftlichen Beirat gegründet. Dreizehn Fachleute aus den Bereichen Jura, Politologie, Agrarwissenschaft, Soziologie, Theologie und Ökologie stehen dem Verein künftig beratend zur Seite. Das Gremium soll die Bekanntheit von FIAN erhöhen und vor Angriffen von außen schützen. Zudem soll die Expertise der Beirats-Mitglieder in die inhaltliche Arbeit von FIAN einfließen und die Vernetzung stärken. Für eine Mitarbeit konnten namhafte ExpertInnen gewonnen werden:



- Christine von Weizsäcker, Biologin, Vorsitzende Ecoropa
- Wolfgang Kaleck, Menschenrechtsanwalt, Generalsekretär ECCHR
- Prof. Dr. Remo Klinger, Rechtsanwalt und Honorarprofessor der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde
- Prof. Dr. Friederike Diaby-Pentzlin, Wirtschaftsvölkerrechtlerin
- PD Dr. Michael Krennerich, Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik (Uni Erlangen-Nürnberg),
1. Vorsitzender Nürnberger Menschenrechtszentrum
- Prof. Dr. Maria Müller-Lindenlauf, Agrarwissenschaftlerin mit Fachgebiet Agrarökologie
- Prof. (em) Dr. Franz Segbers, Sozialethiker
- Prof. Dr. Stefan Selke, Soziologe
- Dr. Brigitte Hamm, Politikwissenschaftlerin, ehem. Institut für Entwicklung und Frieden (Uni Duisburg)
- Dr. Rainer Huhle, Politologe, Mitglied UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen
- Prof. Dr. Hanns Wienold, Soziologe, Ernährungsexperte für Lateinamerika und Südasien
- Prof. Dr. Anne Lenze, Sozialrechtlerin
- Dr. Steffen Kommer, Verwaltungsrichter, Autor „Menschenrechte wider den Hunger“.

Wegen der parteipolitischen Unabhängigkeit von FIAN wurden keine Personen eingeladen, die ein aktives politisches Amt ausüben. Die Mitgliedschaft wird jeweils nach fünf Jahren durch den FIAN-Vorstand bestätigt.

NEUE FIAN-GESCHÄFTSSTELLE

Wegen der Kündigung der alten Büroräume musste 2018 viel Energie in die Suche nach einer neuen Geschäftsstelle investiert werden. Gerade noch rechtzeitig wurde eine neue – noch dazu sehr schöne! – Bleibe gefunden. Die Räume im Kölner Stadtteil Sülz waren zuvor jedoch im Rohbau und mussten aufwendig umgebaut werden. Doch der Aufwand hat sich gelohnt: die Büros sind heller und größer als zuvor, der Gruppenraum ist mit über 50 qm für öffentliche Veranstaltungen geeignet, und die Geschäftsstelle erhält durch ihre großen Schaufenster viel Aufmerksamkeit.

Der Architekt Michael Kölmel übernahm die Planung des Umbaus – ohne hierfür einen Cent Honorar zu nehmen. Dennoch entstanden hohe Kosten, in erster Linie für eine Beteiligung an der Renovierung, den Umzug und den technischen Support. Knapp die Hälfte der Ausgaben von rund 35.000 Euro konnte über Spenden gedeckt werden.

Im Gegenzug haben wir eine vergleichsweise günstige Miete sowie einen Mietvertrag ausgehandelt, der uns mit einer Laufzeit von 15 Jahren langfristige Sicherheit verschafft. Kurz vor Weihnachten ist das Büro schließlich umgezogen. Dank guter Planung war die Technik schon nach einem Tag einsatzfähig, so dass die Geschäftsstelle nur wenige Tage nicht einsatzfähig war.



„Wie wichtig FIAN ist, zeigt sich im UNO-Menschenrechtsrat: Diplomaten verschiedener Länder und Kulturen sind mittlerweile davon überzeugt, dass Hunger menschengemacht ist, dass es Verantwortlichkeiten gibt. FIAN zeigt, wer die Opfer sind, gibt ihnen eine Stimme und ein Gesicht“

Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung (2000 bis 2008), em. Professor der Universität Genf, Autor zahlreicher Bücher („Wir lassen sie verhungern“)

FIAN BEI SITZUNG VOM UN-SOZIALAUSSCHUSS

Alle fünf Jahre muss die Bundesregierung dem UN-Sozialausschuss über die Umsetzung der im UN-Sozialpakt garantierten Rechte berichten. Die jüngste Überprüfung fand im September 2018 statt. Zuvor hatte die Bundesregierung ihren 6. Staatenbericht eingereicht. FIAN und weitere Mitgliedsgruppen im Forum Menschenrechte wiesen in zwei Parallelberichten auf die hierin fehlenden Punkte hin. FIAN nahm auch an der Sitzung in Genf teil und informierte den Ausschuss in der offiziellen Anhörung der Zivilgesellschaft. In seinen Empfehlungen an die Bundesregierung griff der Ausschuss viele der Themen auf, u.a. zu den Themen Klimawandel, Kinderarmut, Recht auf Wohnen und Schulspeisungen.

Bei der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen setzt die Bundesregierung bislang auf Freiwilligkeit. Auf der Tagesordnung in Genf stand daher auch die Frage, inwiefern ausländische Opfer von Menschenrechtsverletzungen Zugang zum deutschen Rechtssystem besitzen. Hierzu brachte FIAN eine Reihe aktueller Fälle ein.

Peter Kayiira, Sprecher der Vertriebenen der Kaweri-Kaffeeplantage in Uganda, informierte den Ausschuss auf Einladung von FIAN über fehlende Entschädigung und Klagemöglichkeiten der Betroffenen.



GROSSER ANDRANG BEI AKTIVENTREFFEN



Vor zwei Jahren wurde das jährliche Treffen der Lokalgruppen zu einem Aktiventreffen für alle Multiplikator*innen, bislang unverbundene Aktive und Neu-Interessent*innen ausgeweitet. Die Beteiligung ist seitdem deutlich gestiegen.

Auch das Treffen im Frühjahr 2018 war sehr gut besucht. FIAN-Referentin Gertrud Falk erläuterte zunächst die Hintergründe des neuen Jahresthemas und spannte dabei den Bogen von der Bedrohung der Rechte auf Nahrung und Wasser durch die Erderwärmung über die Rolle der Landwirtschaft als Mitverursacher des Klimawandels bis hin zu den Auswirkungen der Klimaschutzpolitik auf die Lebenssituation ländlicher Bevölkerungsgruppen. Die FIAN-Aktiven diskutierten in Kleingruppen, wie sie das Thema in Aktionen und Veranstaltungen umsetzen können. Gute Erfahrungen werden in jüngster Zeit mit Filmvorführungen und anschließendem Filmgespräch gemacht; durch die vielen interessanten Dokumentarfilme gibt es viele Möglichkeiten für Kooperationen.

Umgang mit der AfD

Auch die Arbeit FIANS ist vom Einzug der rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den Bundestag betroffen: die Fraktion ist in allen Ausschüssen vertreten und stellt ausgerechnet im Ausschuss für Menschenrechte den stellvertretenden Vorsitzenden. Der Rechtsausschuss wird gar von einem AfD-Abgeordneten geleitet. Die Vorsitzenden der AfD fordern, die „Geltung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte für Deutschland zu beenden“. Auch die Genfer Flüchtlingskonvention möchte die Partei neu verhandeln, um sie „an die Bedrohung Europas durch Bevölkerungsexplosionen und Migrationsströme“ anzupassen.

Nach Ansicht des FIAN-Vorstands werden die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte von der AfD nicht anerkannt. „Hierdurch fehlt jede Basis für einen Austausch. FIAN wird daher keine Einzelgespräche mit Mandatsträgern der AfD führen und diese zu Veranstaltungen explizit nicht einladen“, so Tim Engel, 1. Vorsitzender von FIAN. Da sich in öffentlichen Veranstaltungen eine Auseinandersetzung mit Vertreter*innen der Partei nicht verhindern lässt, stimmt sich FIAN mit Partnergruppen und sozialen Bewegungen ab, um Erfahrungen auszutauschen und ein Positionspapier zum Umgang mit der AfD zu erstellen.

EXKURSION ZUM HAMBACHER WALD

Das rheinische Braunkohle-Revier hat den höchsten CO₂-Ausstoß von ganz Europa. Im Rahmen des Jahresthemas unternahm die FIAN-Geschäftsstelle daher eine Exkursion zum Tagebau Hambach – kurz vor der Räumung der dort errichteten Baumhäuser.

Der westlich von Köln gelegene Wald wird seit 1978 Stück für Stück abgeholzt, um Platz für den Braunkohleabbau von RWE zu schaffen. Die FIANistas trafen in kleinen „Dörfern“ mitten im Wald auf Menschen, die ganzjährig in bis zu 25m Höhe leben. In einem spontanen Picknick erzählten sie ausführlich, wie sie den letzten Teil des Waldes schützen und die Braunkohle-Verstromung stoppen möchten. Nur wenige hundert Meter entfernt bot sich an der Rodungskante ein erschreckendes Bild: die gerodete Waldfläche des Vorjahres und dahinter das „größte Loch Europas“: auf einer Fläche von 85 Quadratkilometern dringen die Bagger in eine Tiefe von bis zu 450 Metern vor. Riesige Maschinen schaufeln unermüdlich Abraum und Braunkohle. FIAN wird die Waldbesetzer*innen weiterhin darin unterstützen, diesem klimapolitischen Wahnsinn ein Ende zu setzen.



Ziel der Fallarbeit von FIAN ist es, die Betroffenen langfristig zu unterstützen – besonders bei Verletzungen des Rechts auf Nahrung. Um uns ein aktuelles Bild zu machen, führt FIAN regelmäßig Recherchen vor Ort durch. Dabei geht es überwiegend um Fälle von „Landgrabbing“, meist als Folge großer Agrarinvestitionen. Zudem publizieren wir Recherche-Ergebnisse anderer FIAN-Sektionen und greifen diese in der Lobbyarbeit auf.

INVESTITIONEN VON PENSIONSKASSEN: ERSTE „FACT FINDING MISSION NORTH“

Im Herbst 2017 nahm FIAN Deutschland an einer Recherchereise im Nordosten Brasiliens teil. Ziel war die Dokumentation der verheerenden Folgen der massiven Expansion von Soja- und Zuckerrohrmonokulturen. Diese geht mit Landgrabbing, der Spekulation mit Bodenbesitz und der Fälschung von Landtiteln einher. Angefeuert wird die Entwicklung durch das Geld internationaler Pensionskassen. Bei den Recherchen wurde die Bedeutung ausländischer Investmentfonds als Treiber von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen deutlich.

Hierfür tragen auch die Heimatländer von Pensionskassen und Versorgungswerken eine menschenrechtliche Verantwortung. Dementsprechend fand im Januar/Februar 2018 die erste Fact Finding Mission der FIAN-Geschichte in Ländern des Nordens statt. Ziel war es, den rechtlichen Rahmen für Investitionen kapitalgedeckter Altersvorsorge unter die Lupe zu nehmen. Mit zwei Vertreter*innen der Betroffenen aus Brasilien sowie mit Kolleg*innen von FIAN International, FIAN Schweden und FIAN Niederlande wurden die Verantwortlichen in den Niederlanden, Deutschland, Schweden und bei der EU befragt und auf ihre extraterritorialen Menschenrechtsverpflichtungen hingewiesen.

In Berlin fanden Treffen mit dem Auswärtigem Amt, dem Bundesfinanzministerium, dem Entwicklungsministerium (BMZ) sowie mit Bundestags-Abgeordneten statt. Dabei wurde deutlich, dass Menschenrechte noch lange nicht überall angekommen sind. Trotz einer Vielzahl von Reglementierungen zu finanziellen Risiken, welche die Anleger und die späteren Auszahlungen schützen, gibt es keinerlei menschenrechtliche Auflagen zu Anlagen der kapitalgedeckten Altersvorsorge – erst recht nicht, wenn Menschenrechtsverletzungen im Ausland auftreten. Im Gespräch mit dem Finanzministerium wurde deutlich, dass es keine Mechanismen gibt, die sicherstellen, dass gesetzgebende Institutionen menschenrechtliche Verpflichtungen beachten. Bezüglich internationaler Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte herrscht bestenfalls Unkenntnis. Der politische Wille, diese bei allen Verfahren zu beachten, fehlt vollständig. Eine diesbezügliche Reglementierung von privatwirtschaftlichen Akteuren wird als unmöglich bezeichnet und stattdessen auf Freiwilligkeit gesetzt.

Wenig Unterstützung kam auch aus Brüssel: im Gespräch mit dem External Action Service der EU wurde FIAN vom Leiter der Südamerikaabteilung die haarsträubende Aussage entgegengebracht, Menschenrechte hätten „keinerlei verbindlichen Charakter“. Lediglich in den Gesprächen mit den Abgeordneten des Europaparlaments wurde Unterstützung zugesagt. FIAN reichte beim Finanzministerium eine Stellungnahme zur Regulierung von Pensionsgeldern ein und nahm hierzu an einer Anhörung im Bundestag teil.



PARAGUAY: AGRARBOOM UND LANDKONFLIKTE

In dem von einem Rechtsruck erfassten Land boomen Soja und Mais. Regenwald, Kleinbäuer*innen und Indigene sind hierbei im Weg. Während Investitionen in Fabriken und Infrastruktur zunehmen, spitzen sich Landkonflikte zu.

Regine Kretschmer unterstützt derzeit den Aufbau einer FIAN-Sektion in Paraguay und führte vor Ort mehrere Recherchen durch. Exemplarisch ist der Fall der Bauerngemeinde von Guahory im fruchtbaren Osten des Landes: Dort kam es bereits zu drei Räumungsversuchen. Menschen wurden unter massivem Polizeiaufgebot aus ihren Häusern gezerzt, Gebäude und Felder zerstört. Unmittelbar darauf wurde auf dem geräumten Gebiet Soja gesät. Dabei wurde die Gemeinde in den 1980er Jahren offiziell als Bauerngemeinde anerkannt. Das Land gehört formal dem Staat, und die Familien zahlen seither ihre Parzellen ab. Der Fall Guahory zeigt eindrücklich, wie Landgrabbing funktioniert: Privatpersonen weisen Landtitel vor, woraufhin es einen polizeilichen Räumungsbefehl gibt. Diese Titel wurden oft illegal ausgestellt, sei es durch die Landbehörde oder durch notarielle Beglaubigungen. Traditionelle Nutzungsrechte werden ignoriert. Bäuer*innen, die sich für Umweltbelange und ihr Land einsetzen, werden kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt.

FIAN wird auch künftig intensiv zu Paraguay arbeiten.

GRIECHENLAND: AUSTERITÄTSPOLITIK VERLETZT MENSCHENRECHTE

FIAN hat in Griechenland die Auswirkungen der europäischen Kürzungspolitik auf die Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit untersucht und hierzu einen ausführlichen Report veröffentlicht. Dieser kommt zu dem Ergebnis, dass die Staaten der Eurozone durch ihre strengen Auflagen menschenrechtliche Verpflichtungen verletzt haben. Die ländliche Arbeitslosigkeit stieg von 7 % im Jahr 2008 auf 25 % im Jahr 2013, während das

Pro-Kopf-Einkommen im ländlichen Raum in den Krisenjahren um 23,5 % zurückging. Fast 40 Prozent der ländlichen Bevölkerung sind von Armut bedroht. Die Ernährungsunsicherheit hat sich verdoppelt. Rund 40 % aller Kinder sind von materieller und sozialer Benachteiligung betroffen. Infolge der Sparmaßnahmen wurde somit das Menschenrecht auf Nahrung der in Griechenland lebenden Menschen verletzt.

Die Mitgliedsstaaten der Eurozone sind als direkte Kreditgeber mitverantwortlich, da sie die „Memorandum of Understanding“ (MoU) unterzeichnet haben. Die Mitgliedstaaten der Eurozone – als Vertragsstaaten des UN-Sozialpakts und anderer internationaler Menschenrechtsinstrumente – haben daher ihre extraterritorialen Verpflichtungen nicht geachtet. Die Staaten der Eurozone hätten nicht nur darauf verzichten sollen, Maßnahmen zu verlangen, die das Recht auf Nahrung beeinträchtigen, sondern auch die Auswirkungen der MoU abschätzen müssen. Folgenabschätzungen in Bezug auf die Menschenrechte werden vor, während und nach dem Erlass von MoUs benötigt, wurden jedoch nie durchgeführt.

FIAN legte die Ergebnisse der Untersuchung im Herbst 2018 dem UN-Sozialausschuss vor. Dieser bemängelte in seinen Empfehlungen an die Bundesregierung, dass Deutschland seinen großen Einfluss nicht genutzt habe, um sicher zu stellen, dass die Konditionalitäten der Darlehen und die damit verbundenen regressiven Maßnahmen nicht zu Verletzungen der Paktrechte in Griechenland führen. Der Sozialausschuss hat wiederholt klargestellt, dass soziale Einschnitte, die im Rahmen von Spar-Programmen veranlasst werden, nur in sehr begrenztem Umfang ergriffen werden dürfen und Verletzungen von Menschenrechten verhindert werden müssen.

RECHERCHEREISE BRASILIEN

FIAN Deutschland führte mit FIAN International, FIAN Brasilien, der Schweizer Hilfsorganisation HEKS, einem Vertreter des Kuna-Volkes aus Panama und zwei Journalisten im August 2018 eine Recherche im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul durch. Die Delegation besuchte insgesamt acht indigene Gemeinden (Apyka’i, Ñumbera, Ñandera, Teykuyé, Guapo’y, Ñanderu Marangatu, Jatayvary und Ypo’i), die von permanenter Gewalt, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen betroffen sind. Verantwortlich ist auch hier in erster Linie die Expansion des Agrobusiness. Die Delegation nahm zudem an der jährlichen Versammlung der Guarani-Kaiowa-Völker (Aty Guasu) teil. Die meisten besuchten Gemeinden haben Schwierigkeiten, sich angemessen zu ernähren, meist wegen mangelndem Landzugang. Auch haben sie meist keinen Zugang zur Bildung, da die Schulen sehr weit entfernt sind. Zudem sind Indigene überproportional von Pestizidvergiftungen betroffen. Die Mission endete mit einer öffentlichen Anhörung bei der Staatsanwaltschaft in Dourados, in der die vorläufigen Ergebnisse vorgestellt wurden. Im Nachgang werden eine ausführliche Dokumentation der Recherchen sowie Ton- und Filmaufnahmen veröffentlicht.



UNTERSTÜTZUNG FÜR VERTRIEBENE DER KAWERI KAFFEEPLANTAGE

Im August 2001 hat die ugandische Armee rund 4.000 Bewohner*innen von vier Dörfern im Bezirk Mubende gewaltsam vertrieben und ihr Hab und Gut zerstört. Zuvor hatte der Staat das Land dem Unternehmen Kaweri Coffee Plantation Ltd. für den Aufbau einer Kaffeeplantage zugesagt. Kaweri ist ein Tochterunternehmen der Neumann Kaffee Gruppe mit Sitz in Hamburg. FIAN unterstützt die Forderungen der Betroffenen nach Entschädigung und Rückgabe ihres Landes seit 16 Jahren.

Aus Anlass des Jahrestags der Vertreibung organisierte FIAN eine dreitägige Mahnwache vor der ugandischen Botschaft in Berlin. Hierzu wurde eine Dorfkulisse aufgebaut: die Unterstützer*innen verkleideten sich als Kleinbauern und Soldaten; letztere stießen nach der „Vertreibung“ die Häuser um und rollten ein Banner mit der Aufschrift „Kaweri Coffee Plantation“ aus. Die Vertriebenen hielten große Portraitfotos mit Forderungen in ihrer Muttersprache Luganda hoch.

FIAN hatte der Botschaft die Mahnwache vorab angekündigt und um ein Gespräch gebeten. Der Büroleiter empfing die FIAN-Delegation zum Gespräch. Er nahm einen mit den Vertriebenen abgestimmten Brief entgegen und gestand ein, dass die Vertreibung falsch gewesen sei. Er werde das Anliegen an die zuständigen Stellen in Uganda weiterleiten und FIAN über die Reaktion informieren. Anschließend ging er mit der FIAN-Delegation zur Mahnwache und sah sich die Forderungen der Vertriebenen an.



FIAN ist Mitglied zahlreicher Netzwerke, darunter das Forum Menschenrechte, das Forum Umwelt und Entwicklung, die Treaty Allianz, VENRO, CorA und attac. Die Lobbyarbeit wird eng mit Bündnispartnern und Betroffenen abgestimmt. Oftmals übernimmt FIAN hierbei koordinierende Funktionen.

UN VERABSCHIEDET KLEINBÄUER*INNEN-ERKLÄRUNG

Am 17. Dezember hat die UN-Vollversammlung die „Kleinbäuer*innenerklärung“ mit großer Mehrheit angenommen. Vorausgegangen war jahrelange Lobbyarbeit von La Via Campesina, FIAN und anderen NGOs. FIAN hatte die Aktivitäten der deutschen Zivilgesellschaft koordiniert und immer wieder das Gespräch mit der Bundesregierung gesucht. Dennoch enthielt sich Deutschland bei der Abstimmung in New York.

La Via Campesina und FIAN hatten den UN-Menschenrechtsrat schon Anfang des Jahrtausends auf die anhaltende Diskriminierung von Kleinbäuer*innen hingewiesen, während die Agrarindustrie durch internationale Abkommen immer mehr Kontrolle über Ressourcen wie Land, Saatgut und Wasser erhält. Mit der Erklärung hat die Staatengemeinschaft nun grundlegende Rechte der ländlichen Bevölkerung gestärkt. Auch wenn sie völkerrechtlich nicht verbindlich ist, muss die Erklärung nun von allen Staaten in guter Absicht umgesetzt werden. Dafür wird sich FIAN Deutschland gegenüber der Bundesregierung weiterhin einsetzen.

UN TREATY: FIAN BEI VERHANDLUNGEN IN GENÈVE

Am Beginn globaler Lieferketten stehen oftmals Landraub, gefährliche Arbeitsbedingungen und Umweltzerstörung. Die Opfer erhalten in den wenigsten Fällen Wiedergutmachung. FIAN setzt sich daher für ein UN-Abkommen ein, welches den Vorrang von Menschenrechten vor Investoreninteressen festschreibt. Mitte Oktober fand im Genfer Menschenrechtsrat die 4. Verhandlungsrunde zum „UN-Treaty“ statt. Erstmals wurde dort ein konkreter Vertragsentwurf diskutiert. Enttäuschend jedoch war die Rolle der EU: obwohl das EU-Parlament vorab eine konstruktive Beteiligung gefordert hatte, trug der EU-Vertreter kaum zur Diskussion bei und distanzierte sich explizit von den Beschlüssen. FIAN hatte im Vorfeld mehr als tausend Unterschriften und Postkarten gesammelt und diese dem Kanzleramt übergeben. Zudem engagiert sich FIAN in der deutschen „Treaty Allianz“. Viele FIANista reisten zu den Verhandlungen nach Genf.



DEG: BETROFFENE LEGEN BESCHWERDE EIN

Seit 2015 finanziert die deutsche Entwicklungsbank DEG das Palmölunternehmen Feronia, welches im Kongo rund 107.000 Hektar Land beansprucht. Die Gemeinden vor Ort zweifeln die Rechtmäßigkeit der Pachtverträge an. Durch das Verbot, das Land in der Umgebung ihrer Dörfer zu nutzen, hat sich die Ernährungssituation deutlich verschlechtert. Im November haben neun betroffene Gemeinden beim Beschwerdemechanismus der DEG eine Beschwerde eingereicht. FIAN, Urgewald und Grain unterstützen sie hierbei. Die Übergabe wurde mit einer Protestaktion begleitet. Der Fokus von FIAN liegt auf den Verantwortlichen in Deutschland – also der DEG sowie dem Entwicklungsministerium. Mehrfach wurden Treffen mit Betroffenen organisiert. Dennoch erklärte die DEG: „Informationen, nach denen Gemeindevertreter zur Unterschrift von Vereinbarungen [...] gedrängt wurden, liegen uns nicht vor“ – obwohl FIAN mehrfach exakt diese Informationen vorgelegt hatte.



INITIATIVE ZUM CLEAN DEVELOPMENT MECHANISM

Ein Bündnis von 99 Organisationen, darunter FIAN Deutschland, Greenpeace und Friends of the Earth forderte die Vorsitzenden der UN-Klimarahmenkonvention auf, den Clean Development Mechanism (CDM) nicht fortzuführen. CDM-zertifizierte Projekte hätten immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen geführt und nicht zum Klimaschutz beigetragen. „Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die Beachtung der Menschenrechte ein verbindliches Kriterium für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wird“, so FIAN-Klimareferentin Gertrud Falk. „Deutschland hat mit der Unterzeichnung des „Genfer Versprechens zu den Menschenrechten“ seine Unterstützung dafür erklärt. Diesen Worten müssen nun Taten folgen.“

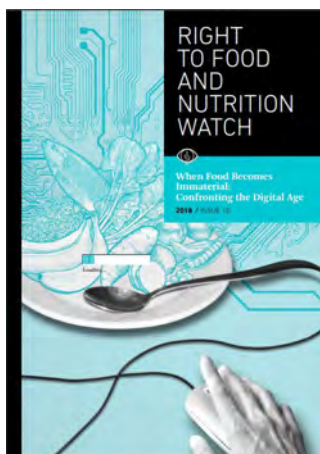




- **FoodFirst 1/2018:**
Klimagerechtigkeit: Klimaschutz braucht Menschenrechte
- **FoodFirst 2/2018:**
Herausforderungen für die Ernährungspolitik
- **FoodFirst 3/2018:**
70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Herausforderungen und Perspektiven für Soziale Menschenrechte
- **FoodFirst 4/2018:**
Klimapolitik: Schutz und Bedrohung für Menschenrechte

- **Die Folgen des Klimawandels für das Recht auf Nahrung und das Recht auf Wasser**
Broschüre vom FIAN-Arbeitskreis Klima:
<http://bit.ly/Klimawandel>
- **Klimawandel: Bedrohung für das Recht auf Nahrung**
Flyer zum Jahresthema:
http://bit.ly/Klimawandel_und_RaN
- **Zukunftsbauern & -bäuerinnen: Wer löst das Hungerproblem?**
Flyer vom FIAN-Arbeitskreis Agrar:
<http://bit.ly/ZukunftsbauerInnen>
- **Bäuerlicher Einsatz für Gerechtigkeit: Internationale Fallbeispiele der Verletzung bäuerlicher Rechte**
Broschüre von La Via Campesina; deutsche Ausgabe von Abl und FIAN:
http://bit.ly/Einsatz_fuer_Gerechtigkeit
- **70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte**
Artikelserie von FIAN zum Jubiläum:
www.fian.de/themen/menschenrechte/70-jahre-aemr
- **Implementation of ICESCR in Germany: Extraterritorial Obligations**
Parallelbericht an den UN-Sozialausschuss:
http://bit.ly/Parallelbericht_Sozialausschuss
- **FactSheets Kolumbien**
FIAN hat an drei FactSheets mitgewirkt:
<https://www.fian.de/artikelansicht/2018-08-28-factsheets-zu-kolumbien-erschieden>
- **Dossier zum Welternährungsrat**
6-seitiger Schwerpunkt zur Arbeit vom CFS:
http://bit.ly/Dossier_CFS
- **Bäuerliche Rechte stärken – weltweite Diskriminierungen stoppen!**
Positionspapier zur UN-Erklärung der Rechte von Kleinbäuer*innen:
http://bit.ly/Peasants_Rights

BROT FÜR DIE WELT UND FIAN LEGEN JAHRBUCH ZUM RECHT AUF NAHRUNG VOR



Politik und Agrarindustrie versprechen, dass neue Technologien und Digitalisierung den Hunger besiegen können. Das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt und FIAN legen in ihrem aktuellen „Jahrbuch zum Recht auf Nahrung“ jedoch dar, wie die Digitalisierung die Auseinandersetzung um Ressourcen sogar verschärfen und eine dezentrale Nahrungsmittel-Versorgung gefährden kann.

„Das Ziel, den Hunger bis 2030 zu überwinden, gerät immer weiter aus dem Blick, wenn Hungerursachen wie Diskriminierung, Umweltzerstörung und Krieg nicht endlich wirksam angegangen werden“, so Bernhard Walter von Brot für die Welt. Philipp Mimkes von FIAN ergänzt: „Wichtige Gründe für die hohen Hungerzahlen – die Benachteiligung von Frauen und ländlicher Bevölkerung, Landgrabbing und die erzwungene Öffnung der Agrarmärkte in Entwicklungsländern – lassen sich nicht technisch lösen“. Dies zeigt sich beispielsweise in Südamerika, wo die Hungerzahlen seit 2012 wieder steigen. In den letzten fünf Jahren waren dort 2,2 Millionen Menschen zusätzlich von schwerem Hunger betroffen; zugleich stieg der Export von Agrarprodukten. Die elfte Ausgabe des Jahrbuchs untersucht, welche Folgen es haben wird, wenn Finanzmärkte und Agrarkonzerne mit Hilfe der Digitalisierung die Kontrolle über Ressourcen wie Boden, Wasser und Saatgut übernehmen und die Nahrungsmittelproduktion vom Menschenrecht auf Nahrung abgekoppelt wird. Das Jahrbuch erscheint auf Englisch, Französisch, Spanisch und Portugiesisch.

FIAN nahm an zahlreichen Demonstrationen teil, organisierte Veranstaltungen in ganz Deutschland und beteiligte sich an vielen Kampagnen. Inhaltliche Schwerpunkte waren der Klimawandel, die UN-Kleinbauernerklärung und die Kritik an der Agrarindustrie.

MÜNCHEN: FIAN AUF „MIA HAMS SATT“-DEMO

Mehr als 18.000 Menschen demonstrierten am 6. Oktober für eine ökologische bäuerliche Landwirtschaft, für gerechten Welthandel und wirksamen Klimaschutz. Denn eine Agrarpolitik, die weiter auf Intensivierung und Billigproduktion für den Weltmarkt setzt, führt zwangsläufig zu Megaställen und Minimalstandards bei Tierschutz und Ökologie. Und gefährdet durch importierte Futtermittel und Exportorientierung die Existenzgrundlage von BäuerInnen im globalen Süden. Die FIAN-Lokalgruppe München sowie Mitglieder des FIAN Arbeitskreis Agrar waren aktiv dabei und trugen das Menschenrecht auf Nahrung auf die Straße.



TÜBINGEN: PODIUMSDISKUSSION MIT COLIN GONSALVES

Am 29. November fand an der Uni Tübingen eine Diskussionsveranstaltung mit dem indischen Menschenrechtsanwalt Colin Gonsalves statt. Mit auf dem Podium saßen Martin Remppis von Brot für die Welt und Harald Petermann von der Tübinger FIAN-Lokalgruppe. Knapp 200 Zuhörer*innen folgten der spannenden Diskussion.

Colin Gonsalves hatte eine Musterklage zur Durchsetzung des Rechts auf Nahrung in Indien durchgeföhrt und wurde hierfür 2017 mit dem Alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award) ausgezeichnet.

PROTEST BEI DEUTSCH-BRASILIANISCHEN WIRTSCHAFTSTAGEN

Im Juni traf sich der Bundesverband der Deutschen Industrie mit der brasilianischen Confederação Nacional da Indústria in Köln. FIAN wies zu diesem Anlass auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch die Agrar-Expansion in Brasilien hin, für die auch deutsche Investitionen und Importe verantwortlich sind, und organisierte am Eingang der Kölner Messe eine Protestaktion. Allein die Anbauflächen für Sojamonokulturen haben sich in Brasilien seit 2000 fast verdreifacht, was der anderthalbfachen Agrarfläche Deutschlands entspricht. Die Expansion führt zu Vertreibungen, dem Verlust der Artenvielfalt, Pestizidverunreinigungen, Wassermangel und Gesundheitsschäden.



BERLIN: FIAN BEI DEMO ZUR AGRARPOLITIK

Zum achten Mal fand parallel zur Grünen Woche die große Kundgebung für eine andere Agrarpolitik statt. Über 30.000 Menschen beteiligten sich an der eindrucksvollen Demonstration. Ihre wichtigsten Forderungen waren der Vorrang von Menschenrechten gegenüber der Handelspolitik, die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung weltweit sowie eine nachhaltige Landwirtschaft ohne gefährliche Pestizide. Die Berliner FIAN-Lokalgruppe mahnte mit ihren Großpuppen an, dass sich soziale Menschenrechte nur mit gerechtem Handel erreichen lassen, welcher durch internationale Handelsabkommen jedoch zunehmend verhindert wird. Mit Transparenten forderte FIAN die Stärkung der Rechte von Kleinbäuer*innen.

BÄRBEL KOFLER BEI FIAN

Die Münchner FIAN-Gruppe war mit einem Stand bei den Bayerischen Eine Welt Tagen in Augsburg vertreten. Das Foto zeigt – neben Marlies Olberz und Jana Goetzke von FIAN – die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Simone Strohmayr sowie die langjährige Landtagsabgeordnete Claudia Stamm. FIAN stellte im Anschluss Informationen für einen Indien-Besuch von Bärbel Kofler zu Verfügung. Hierin ging es um die Repression der indischen Regierung gegen NGOs sowie um die Situation von Kastenlosen und Adivasi (indigenen Völkern Indiens).



Die Projektförderung ist 2018 erneut zurückgegangen, vor allem wegen der Beendigung des EU-Projekts im Februar. Hingegen konnten bei Spenden und Mitgliedsbeiträgen die im Vorjahr gestiegenen Summen wieder erreicht werden. Durch diese erfreuliche Entwicklung bei den Eigenmitteln, die wesentlich zur Unabhängigkeit der Arbeit von FIAN beiträgt, konnte die Rücklage erneut erhöht werden. Ein Teil der Rücklage wird für die Umzugskosten verwendet, die über fünf Jahre abgeschrieben werden.

Eine von der Steuerberatungsgesellschaft *Heilen & Rieskamp GmbH* geprüfte detaillierte Bilanz ist auf Anfrage in der Geschäftsstelle erhältlich.

EINNAHMEN- UND AUSGABENRECHNUNG 2018 IM VERGLEICH ZUM VORJAHR

Einnahmen	2018	2017	Ausgaben	2018	2017
Beiträge	86.568,02	79.899,94	Miete	24.666,17	27.991,00
Spenden	224.909,78	224.035,15	Personal (Gehälter und Honorare)	254.069,40	266.646,90
Zuschüsse	188.781,41	216.321,65	Bürokosten	77.018,85	70.998,79
Kostenerstattungen	9.529,73	8.671,39	Reisekosten	13.269,54	19.974,57
Materialverkauf, Seminarbeiträge	4.735,00	4.810,64	Publikationen	30.865,78	41.904,39
Sonstige Erträge	9.798,76	1.267,88	Vorstand, Arbeitskreise	5.048,13	4.103,93
			Seminare	14.394,47	10.655,38
			Beitrag FIAN International	62.335,56	60.549,53
			Beiträge Vernetzung	1.626,00	2.076,00
			Sonstige Ausgaben	0	3.121,79
			Abschreibungen	885,00	860,00
			Einst./Aufl. Betriebsmittelrücklage	40.143,80	26.124,37
Gesamt	524.322,70	535.006,65	Gesamt	524.322,70	535.006,65

ÜBERSICHT AKTIVE PROJEKTE 2018

Geber	Projekttitel	Laufzeit	Gesamtzuschuss	Zuschuss 2018
Stiftung Umverteilen	Landkonflikte Paraguay	1.1.18 – 31.12.18	2.500	2.500
Europäische Kommission	Hands on the Land for Food Sovereignty	08.02.15 - 07.02.18	241.063	18.645
MISEREOR	Fallbegleitung, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zur Stärkung des Rechts auf Nahrung	1.1.18 – 31.12.19	144.700	74.266
Brot für die Welt	Jahresthema Klimagerechtigkeit	1.1.18 - 31.12.18	15.000	15.000
Engagement Global	Jahresthema Klimagerechtigkeit	1.1.18 – 31.12.19	80.000	40.000
Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	Jahresthema Klimagerechtigkeit	1.1.18 – 31.12.19	60.000	30.000

Wer wir sind



Mitgliederversammlung in Magdeburg

Zum Jahresende hatte FIAN Deutschland 1.319 Mitglieder und Fördermitglieder. Durch kontinuierliche Mitgliederwerbung konnte die Zahl – trotz einiger Abgänge und Todesfälle – um 49 erhöht werden.

Im Jahresverlauf waren in der Geschäftsstelle fünf Mitarbeiter*innen unbefristet und zwei Mitarbeiterinnen befristet beschäftigt. Alle Mitarbeiter*innen waren Teilzeit beschäftigt. Im Jahresverlauf wurde die Geschäftsstelle von 10 Praktikant*innen und drei Bundesfreiwilligen unterstützt. Zusätzlich wurde erstmals eine Rechtsreferendarin beschäftigt. Die Zahl der Freiwilligen wurde somit erneut erhöht.

Mitglieder des Vorstands

(gewählt am 14. Mai 2017 für zwei Jahre): Tim Engel (1. Vors.), Giovanna Enea (2. Vors.), Maren Staeder (Schatzmeisterin); BeisitzerInnen: Judith Busch, Stefan Eikenbusch, Lotte Liegmann, Jeannette Schade, Anika Mahla, Irene Ofteringer (ausgeschieden im Herbst 2018). Internationale Delegierte: Judith Busch und Sini Bodemer



Das Team von FIAN

Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle:

Almudena Abascal (bis 28.2. in Mutterschutz), Nina Bünger (bis 31.3.), Gertrud Falk, Sandra Falkenau, Roman Herre, Barbara Lehmann-Detscher, Philipp Mimkes

Bundesfreiwilligendienst:

Nathalie Grychtol (bis 31.8.); Kirsten Müller (ab 1.8.); Ulla Sass (1.2. bis 6.8.)

Praktikant*innen:

Madita Leenders, Lisa Haar, Theresa Carlin, Daniel Schröder, Marie von Schlieben, Maria Bohlen, Christina Berning, Tabea Schiffer, Naomi Kosmehl, Fridtjof Schultze-Florey

Juristische Wahlstation:

Susanne Knotz

Arbeitskreise:

Agrar, Gender, Klima, Jurist*innen bei FIAN, Fallarbeitsgruppe Nepal, Fallarbeitsgruppe Ecuador

Lokalgruppen:

Berlin, Bremen, Koblenz, Köln, Marl, München, Ruhrgebiet, Tübingen.



Vorstand von FIAN

WIR SIND FIAN INTERNATIONAL!

Kein Aspekt unserer Arbeit ist denkbar ohne die Einbindung in FIAN International. Auf internationaler Ebene agieren wir als Einheit gemeinsam mit den Sektionen in Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika, koordiniert durch das Internationale Sekretariat in Heidelberg. Zwanzig Prozent unserer Einnahmen an Mitgliedsbeiträgen und Spenden leiten wir an FIAN International weiter (2018 waren dies erneut über 60.000 EUR). Hiermit tragen wir dazu bei, dass eine effektive Arbeit auf internationaler Ebene möglich ist. Informationen über die Arbeit von FIAN International finden sich im Jahresbericht auf www.fian.org.



Wie wir arbeiten

VOR ORT RECHERCHIEREN

FIAN besucht regelmäßig von Menschenrechtsverletzungen betroffene Gemeinden und informiert sich vor Ort über die aktuelle Lage. Der direkte Kontakt zu den Menschen ermöglicht es uns, die Situation realistisch einzuschätzen. Parallel dazu recherchieren und bewerten wir die Verantwortung deutscher Akteure in Fällen von Menschenrechtsverletzungen, zum Beispiel in Brasilien, Ecuador, Nepal, Uganda, Sambia und Kambodscha.

EINZELFÄLLE BEGLEITEN

FIAN-Mitglieder begleiten einzelne Fälle, in denen das Menschenrecht auf Nahrung verletzt wird. Wir unterstützen die Arbeit der Menschen vor Ort und stellen die Verantwortlichen unter ständige internationale Beobachtung. Als deutsche Sektion von FIAN International liegt unser Augenmerk auf den mitverantwortlichen Akteuren in Deutschland.

MENSCHENRECHTE STÄRKEN

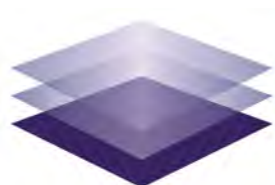
Mit Hilfe unserer langjährigen Erfahrung stärken wir die Instrumente zum Schutz der Menschenrechte durch Lobbyarbeit auf nationaler und internationaler Ebene. FIAN International hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Diesen nutzen wir zum Beispiel, wenn wir uns bei Verhandlungen im Menschenrechtsrat oder dem UN-Sozialausschuss einbringen.

ÖFFENTLICHKEIT INFORMIEREN

Noch mehr Menschen sollen unsere Arbeit kennen und unterstützen. Daher informieren wir kontinuierlich über die Rechtslage in Deutschland und in anderen Ländern sowie über das Unrecht, das vielen Menschen geschieht. Wir waren auf der „Wir haben es satt“-Demonstration in Berlin, auf den Kundgebungen gegen die Fusionen im Agrarbereich und haben zusammen mit Partnern und Betroffenen zahlreiche Aktionen, Veranstaltungen und Seminare organisiert.

POLITIK BEEINFLUSSEN

Durch effektive Netzwerk-, Kampagnen-, und Lobbyarbeit nehmen wir Einfluss auf deutsche und europäische Politik und fordern die Einhaltung von Menschenrechtsstandards ein.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Die Verursacher des Hungers benennen
Den Hungernden Gehör verschaffen
Gemeinsam die Verantwortlichen
zur Rechenschaft ziehen





Mit Menschenrechten gegen den Hunger!

FIAN, das Food First Informations- und Aktions-Netzwerk, wurde 1986 gegründet, um für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung zu kämpfen. Mittlerweile hat FIAN Mitglieder in über 50 Ländern auf allen fünf Kontinenten. In 21 Ländern bestehen nationale Vertretungen. Weltweit unterstützt FIAN Opfer von Verletzungen des Rechts auf Nahrung bei der Verteidigung ihrer Rechte. Bei den Vereinten Nationen hat FIAN Beraterstatus. FIAN Deutschland ist eine Sektion von FIAN International.

Die Mitglieder und Unterstützer*innen von FIAN engagieren sich für eine Welt, die frei von Hunger ist und in der jede Person Zugang zu den Ressourcen hat, die ihr ein Leben in Würde ermöglichen.

Wenn das Menschenrecht auf Nahrung verletzt oder gefährdet wird, greift FIAN ein: mit internationalen Protestbriefaktionen, mit Fall- und Recherchearbeit vor Ort, mit Öffentlichkeits-, Kampagnen- und Lobbyarbeit. Zudem macht FIAN Deutschland mit Arbeit in der Menschenrechtsbildung das Recht auf Nahrung in Deutschland und international bekannter.

FIAN ist eine basisorientierte Mitgliederorganisation und unabhängig von politischen und konfessionellen Gruppen, Parteien, Regierungen und Ideologien.

Unser Engagement wirkt! Machen Sie mit!

www.fian.de